

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/94

18. Mai 1976

Die SPD ist die Partei der Freiheit

Die Verleumdungen aus der CDU/CSU erinnern an Praktiken aus finsternerer Zeit

Von Wilhelm Dröschner
Mitglied des Präsidiums der SPD und Landesvorsitzender
der SPD Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Orientierungsziel Obrigkeitsstaat

Das Verhältnis der CDU zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Von Helmuth Becker MdB
Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Aktuelles Problem heute: die Stadt von morgen

Stadterhaltungspolitik erhält in Europa immer mehr
Priorität

Von Dr. Olaf Schwencke MdB
Präsident der Denkmalschutzkommission der Parla-
mentarischen Versammlung des Europarates

Seite 5 und 6 / 88 Zeilen

Afrikanpolitik: Nicht auf die Kräfte von gestern setzen

Die Konservativen wurden von den Veränderungen auf dem
Kontinent überrollt

Von Lenelotte von Bothmer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 7 bis 9 / 98 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 85 97 - 38
Telefax: 08 65 846 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 68 11

Die SPD ist die Partei der Freiheit

Die Verleumdungen aus der CDU/CSU erinnern an Praktiken aus finsternerer Zeit

Von Wilhelm Ordeker

Mitglied des Präsidiums der SPD und Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, hat am 30. April vor dem Landesparteiausschuß der CDU in Mainz erklärt: "Die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich für die Verwirklichung des Sozialismus entschieden." Es ist schön, daß ich hier dem Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz endlich einmal zustimmen kann. Aber nicht nur die Mehrheit, sondern die gesamte Sozialdemokratische Partei Deutschlands will den demokratischen, den freiheitlichen Sozialismus verwirklichen. So steht es nämlich im 1959 verabschiedeten Godesberger Programm der SPD. Es ist allerdings ein Widerspruch, wenn Herr Bernhard Vogel gemeint hat, die CDU könne dies - die Verwirklichung des Sozialismus - "nur mit ihrem Anspruch auf Freiheit verhindern".

Wer die 113jährige Geschichte der deutschen Sozialdemokraten verfolgt und wer auch die politische Arbeit und die Erfolge der Sozialdemokraten für die freiheitliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übersehen will, weiß, daß demokratischer Sozialismus und Freiheit keine Gegensätze sind, weil demokratischer Sozialismus, weil unsere Sozialdemokratie immer nur auf der Seite jener gestanden hat, die um Freiheit ringen mußten, die ihnen konservativ-reaktionäre Gruppierungen vorenthielten.

Die Pseudo-Alternative "Freiheit oder Sozialismus" (oder "Freiheit statt Sozialismus" wie die CDU jetzt sagt) ist in Wirklichkeit ein einziges Lügengebäude, ein groß angelegter, ja gigantischer Verleumdungsversuch. Es ist ein böseartiger Versuch in angewandter Massenpsychologie, nur vergleichbar mit den Goebbels'schen Feldzügen gegen den "Staatsfeind Nr. 1". Schlimm besonders deshalb, weil er von Politikern unternommen wurde, die behaupten, mit dem Christentum etwas zu tun zu haben. Hier spreche ich CDU-Kultusminister Bernhard Vogel bewußt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an.

Wenn ich mich richtig erinnere, so war Herr Vogel anwesend, als Pater Dr. von Nell-Breuning am 4. Oktober 1975 vor der Landesarbeitsgemeinschaft katholische Erwachsenenbildung in Mainz - er sprach zu dem Thema "Katholische Soziallehre und politische Bildung" - dringend

davor warnte, ein Globalurteil über den Sozialismus abzugeben. Wörtlich meinte er: "Wir müssen uns das abgewöhnen, über den Kapitalismus, über den Sozialismus, über den Kommunismus und ich weiß nicht was für Ismen zu reden und Urteile abzugeben." "Globalurteile", so Pater Nell-Brauning, "sind völlig haltlos, sind beim heutigen Stand der Dinge unverantwortlich."

Deutlicher kann man die Globalverleumdungen aus der CDU/CSU eigentlich nicht kennzeichnen. Namentlich dann, wenn man bewußt und gewollt - wie das die Bundestagsdebatte gezeigt hat - demokratischen, damit freiheitlichen Sozialismus in einen Topf mit dem Kommunismus wirft oder in einem Zug mit dem Nationalsozialismus Hitlers nennt, wie das bei dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl schon angeklungen ist.

Ich will aus dem wirklich lesenswerten Vortrag von Pater Nell-Brauning nur noch einen Satz zitieren: "1931 hat Pius XI. das Bestehen gesellschaftlicher Klassen und damit die Klassengesellschaft anerkannt. Wenn sie das heute in Deutschland sagen, sind sie Marxist, wenigstens für viele Leute."

In der Tat, was den Herren Kohl, Strauß und Dregger politisch nicht in den Kram paßt, wird verteuelt, wird herabgewürdigt. Und daß sich von diesem Chor der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken - auch der sozialdemokratischen Katholiken - Dr. Bernhard Vogel nicht distanziert, ist keine gute Sache!

Wir Sozialdemokraten werden die dümmlich-bösartige, in politischen Fälscherwerkstätten entstandene Filbinger-Strauß-Alternative "Freiheit oder Sozialismus" nicht passiv hinnehmen. Wir greifen diese Demagogie offensiv als eine unter Demokraten unwürdige und verlogene Kampagne an, als deren Opfer eine Partei ausersieht, die die Demokratie und die Freiheit schon verteidigte, als die direkten oder indirekten politischen Vorläufer der Herren Dregger, Strauß und Co. etwa die Rechte von Frauen und Arbeitnehmern, Bauern und Handwerkern noch mit Füßen traten.

Es läßt sich leicht nachweisen, daß die Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers in Deutschland noch nie besser garantiert waren als in der Zeit der Regierungen unter sozialdemokratischer Führung und sozialliberaler parlamentarischer Mehrheiten. So muß, so wird es bleiben.

(-/18.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Orientierungsziel Obrigkeitsstaat

Das Verhältnis der CDU zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Von Helmuth Becker MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger machte dieser Tage im Bundestag aufschlußreiche Ausführungen über die Vorstellungen der Union zu Entwicklungen im öffentlichen Dienst. Er kam zu der Feststellung: "Wir lehnen diese Ausweitung des Personalbestandes ab und werden sie in der nächsten Legislaturperiode beenden." Die Bemerkung bezog sich auf die Ausweitung der Staatstätigkeit.

Zunächst ist festzustellen: Die Behauptung von Dr. Dregger, daß die Zahl der öffentlichen Bediensteten in den Jahren von 1961 bis 1969 um jährlich 45.000 zugenommen habe, ab 1969 aber diese Zuwachsrate auf jährlich 115.000 gestiegen sei, ist falsch. Die Fakten sind:

- Die jährlichen Zuwachsrate der bei Bund, Ländern und Gemeinden Beschäftigten haben seit 1963 nicht wesentlich zugenommen, wenn man einmal vom Rezessionsjahr 1968 absieht.
- Nur 12 vH der insgesamt bei den Gebietskörperschaften Beschäftigten des Jahres 1975 entfallen auf den Bund, rd. 57 vH auf die Länder, rd. 31 vH auf die Gemeinden.
- Die Zahl der öffentlichen Bediensteten hat seit 1963 um rd. 711.000 zugenommen. Von dieser Zunahme entfielen rd. 64 vH auf die Länder; das sind mehr als 450.000. Auf den Bund dagegen nur 7 vH, das sind gut 50.000.
- Während die Beschäftigtenzahl des Bundes seit 1972 praktisch stagniert, hat sie bei den Ländern seit 1972 um 135.000 und bei den Gemeinden um 52.600 zugenommen.

Betrachtet man die Zuwachsrate von 1961 bis 1973 in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes, so ergibt sich folgendes Bild:

	<u>Beschäftigtenzahlen</u>		in vH
	1961	1973	
Schulen	270.194	444.050	46,3
Hochschulen	35.531	120.769	239,9
Verteidigung	108.000	178.000	64,8
Krankenhäuser/Heilstätten	155.000	284.000	83,4

Dazu kommen Steigerungsraten im Bereich der Polizei von 26,6 vH und im Gebiet der sozialen Sicherung von 15,5 vH. Die CDU muß also sagen, ob sie z.B. Lehrer, Polizisten oder Sozialarbeiter einsparen und damit soziale Sicherung, innere Sicherheit und Bildungschancen abbauen will.

Die zweite Feststellung des Dr. Dregger: "Lassen Sie mich abschließend zum Bereich des öffentlichen Dienstes folgendes sagen. Die Vermehrung der Zahl der Staatsdiener zu beenden und ihre Leistung zu steigern, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Legislaturperiode." Die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst werden diesen Schwerpunkt der CDU-Politik für die nächsten Jahre bei ihrer Wahlentscheidung am 3. Oktober eingehend prüfen müssen. Dr. Dregger will also den Obrigkeitstaat mit Staatsdienern wieder einführen. Er will den Leistungsdruck für jeden einzelnen Beschäftigten verstärken.

Es muß ein Lohn für die Beschäftigten in weiten Bereichen der öffentlichen Verwaltung sein, die ohne wesentliche Personalvermehrung die Verkürzung der Arbeitszeit aufgefangen haben und die durch schärfere Bemessung ihrer Arbeit zu einer hohen Leistungsfähigkeit in ihren Dienstleistungsbetrieben beigetragen haben, wenn Dr. Dregger solche Forderungen erhebt.

Wir Sozialdemokraten wollen die dem einzelnen Bürger dienende leistende Verwaltung in ihrem Gewicht erheblich verstärken. Wir setzen uns für den Ausbau der öffentlichen Leistungen und für die Reform der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Dienstrechts ein. Ohne öffentliche Leistungen ist der Grundwert sozialer Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen.

(-/18.5.1976/vd/pr)

+ + +

Aktuelles Problem heute: die Stadt von morgen

Stadterhaltungspolitik erhält in Europa immer mehr Priorität

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Präsident der Denkmalschutzkommission der Parlamen-
tarischen Versammlung des Europarates

Der römische Architektur-Professor Leonardo Benevolo, der auf Einladung des Europarates zusammen mit dem Deutschen Nationalkomitee für das Denkmalschutzjahr das Eröffnungsreferat zum "Symposium 4 Berlin" hielt, hat eine höchst interessante These vertreten. Im Blick auf die italienischen Ergebnisse bei der Instandhaltung und Erneuerung historischer Kerngebiete nannte er diese den "einzigsten wichtigen Beitrag Italiens zur modernen (!) Architektur-Kultur!"

Es ist sicherlich nicht hier der Ort, im Pro und Contra diese These auf ihre fachimmanente Haltbarkeit zu überprüfen, wohl aber sie politisch, in Sonderheit städtebaupolitisch im Kontext auch unserer Probleme zu diskutieren, denn Benevolo proklamiert nichts Geringeres als die totale Priorisierung der Stadterhaltungspolitik. Damit würde das "Gegenmodell" - ein fester Terminus in unserer bundesdeutschen Diskussion - zum architektonischen Normalfall, von dem her sich erst bauliche Konsequenzen für Neubaumaßnahmen ergeben. Bislang praktizierte man in den Ländern Westeuropas das Gegenteil: Das Neubaukonzept war maßgebend, und Erhaltungsmaßnahmen wurden nur dann ergriffen, wenn es sich unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vertreten ließ.

Die These Benevolos muß sehr ernst genommen werden, auch für unsere bundesrepublikanische Diskussion, selbst wenn von vornherein hier sehr viel stärker differenziert werden muß. Besser als viele andere Architekten weiß der Sozialist Benevolo, wovon er redet. Unter seiner Leitung wurde das Konzept zur Altstadtsanierung Bolognas entwickelt und zum Teil bereits in die Tat umgesetzt; und vor gut einem Jahr hat er mit zwei anderen Experten im Auftrag der UNESCO ein Konzept zur Rettung Venedigs erarbeitet, wodurch nach langjähriger christdemokratischer städtebaulicher Mißwirtschaft nun endlich unter der Regie eines sozialistischen Bürgermeisters erste Realisationsmaßnahmen eingeleitet werden konnten.

Wie - fragen wir - haben die Bürger auf die Praxis der Theorie von Benevolo und seiner Freunde reagiert? Sie haben sie durch ihre Wahlentscheidung zugunsten von Sozialisten und Kommunisten voll akzeptiert. Ich teile die Auffassung von Italien-Journalisten und Experten, daß der starke Durchbruch der Linksparteien bei den letzten Regionalwahlen in Italien insbesondere auf deren politischer Priorisierung der Altstadtsanierung beruht. Schon heute zeichnet sich übrigens ab, daß erhaltenspolitische Maßnahmen auch bei den anstehenden Wahlen eine wachsende Bedeutung spielen werden.

Sicherlich wäre es übertrieben, eine ähnliche Erwartung für den bundesdeutschen Wahlkampf zu hegen, aber außer acht lassen werden insbeson-

dere die vielen Bürgerinitiativen den städterhaltungspolitischen Aspekt im bevorstehenden Wahlkampf sicherlich nicht. Sind die Parteien auf entsprechende Antworten gerüstet?

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen zu den Ergebnissen des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 und zur Lage der alten Städte (Bundestags-Drucksache 7/5071) hat einige erfreuliche Ergebnisse zutage gebracht. Da die Bundesregierung den Denkmalschutz als "wichtige sozial- und gesellschaftspolitische Aufgabe" ansieht, hat sie im vergangenen Jahr zusätzliche Mittel für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellt (schweremwichtig bekanntlich durch Maßnahmen des Bau- und Investitionsprogramms vom 27. August 1975). Künftig - so erklärt die Bundesregierung weiter - werden "Gesichtspunkte der Städterhaltung... mehr als bisher im Vordergrund ihrer Arbeit (stehen)".

Auch wenn sich die Priorität praktisch schon von Maßnahmen der Stadterweiterung zu solchen der Städterhaltung verschoben hat und dieser Prozeß von der Öffentlichkeit auch immer stärker unterstützt wird, reichen dafür in diesem Land die vorhandenen gesetzlichen Maßnahmen längst nicht aus. Nachdem das novellierte Bundesbaugesetz den bodenrechtlichen Teil qualifiziert neu regelt, steht der steuerrechtliche Aspekt leider noch zur Regelung an (Bundestags-Drucksache 7/2552). Noch ist unser legislatives Niveau der Erhaltungspolitik nicht Staaten wie den Niederlanden oder Frankreich angeglichen, noch immer "lohnt" es sich steuerlich, alte Gebäude abzureißen, um neue aufzurichten.

Eine für die Bundesrepublik Deutschland notwendige Städtebaupolitik wird die Erhaltung und Erneuerung in einem gesellschaftspolitischen Konzept, das sowohl die Vitalität unserer Städte fördert als auch den ländlichen Raum in seiner Funktion stärkt, vereinen müssen. Was für die urbane Landschaft Italiens zutreffen mag, kann auf unsere Situation nicht übertragen werden. Hier wird "erhaltende Erneuerung" nicht ohne Integration der Moderne geschehen können und Erneuerungsmaßnahmen werden sich nicht - wie in Italien - allein auf öffentliche Funktionsbauten beschränken dürfen. Künftig wird für einen humanen Städtebau von Architekten, Stadtplanern und Städtebaupolitikern mehr soziale und ästhetische Phantasie erwartet werden, denn die Stadt von morgen kann nicht die Stadt von gestern sein! Um die dafür brauchbaren Konzepte wird es allerdings auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf 1976 gehen müssen.

(-/18.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Afrikepolitik: Nicht auf die Kräfte von gestern setzen

Die Konservativen wurden von den Veränderungen auf dem Kontinent überrollt

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die Aufmerksamkeit, die Afrika mehr und mehr auch bei uns gewidmet wird, bedeutet nicht bereits Interesse für die Afrikaner: Die CDU/CSU beispielsweise fühlt sich aufgeschreckt, weil die bevorstehenden, möglicherweise schnellen Veränderungen im südlichen Afrika stabile Verhältnisse bedrohen, nämlich Systeme des Rassismus und des Kolonialismus, gegen die von der Opposition noch kein Wort je verlautet ist. Im Gegenteil, bisher haben sich Oppositionspolitiker fast ausnahmslos voll mit dieser Regimen einverstanden erklärt.

Dabei erhalten die westlichen Länder der Welt heute die Quittung für ihre Politik der letzten Jahrzehnte im südlichen Afrika:

- Die neuen Regierungen Mozambique und Angola sind uns gegenüber zu nichts verpflichtet, im Gegenteil, sie glauben, ihre Unabhängigkeit gegen unseren Widerstand errungen zu haben;

- erstarkende Befreiungsbewegungen in Rhodesien nehmen uns übel, daß ihr Land trotz des Wirtschaftsaboykotts zehn Jahre lang ganz gut von westlichen Waren leben können.

- In der zunehmend verunsicherten Republik Südafrika herrscht eine weiße Minderheitsregierung, die in uns eine ihrer stärksten internationalen Stützen sieht.

Dies ist die Folge einer 20jährigen doktrinären Außenpolitik, der antikommunistische Diktaturen mit Unterstützung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen stets lieber waren, als eine parlamentarische Demokratie mit Sozialisierungstendenzen. Die sozialliberale Koalitionsregierung hat sich von dieser Politik gelöst, wenn auch vielleicht nicht rasch genug.

Warum kritisiert der CDU/-CSU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Karl Carstens, daß Amerika in Angola nicht eingegriffen hat? Dieses Nichteingreifen zerstört das schöngefügte Weltbild der eben geschilderten Außenpolitik. Es ist allerdings verhängnisvoll, daß andere in Angola eingegriffen haben, nur darf man frühere Verhältnisse aller NATO-Mitglieder in puncto Portugal nicht vergessen. Der blutige Krieg, den Portugal in Afrika geführt hat, hat nicht die Kritik der Konservativen herausgefordert.

Jetzt erst werden sie wach, fühlen sich beunruhigt. Solange Massaker nur Schwarze betrafen, hat sie das nicht gekümmert; blieben doch die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Afrika gewahrt. Das ist beschämend, gerade weil in Südafrika und Namibia viele Deutsche sich voll sonderbaren Stolzes zum dortigen Rassenregime und zugleich als Deutsche bekennen. Natürlich darf auch niemandem das Schicksal weißer Minderheiten im südlichen Afrika gleichgültig sein. Deswegen habe ich lange versucht, auf deren Gefährdung aufmerksam zu machen; diese Weißen sollten noch heute so schnell wie möglich ihre persönliche Distanzierung vom Rassismus erklären und vollziehen.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant zu wissen, daß die Befreiungsorganisation Swapo in Namibia auf der internationalen Dakar-Konferenz über Namibia und die Menschenrechte im Januar 1975 erklärt hat: "Alle Namibier werden ohne Diskriminierung gleiche politische Rechte haben. Vor allem wollen wir, die wir einer der schlimmsten Formen der Diskriminierung ausgesetzt waren, allen Gleichheit vor dem Gesetz versichern."

Es kommt darauf an, daß wirtschaftliche Interessen die politischen Interessen unserer Regierung berücksichtigen. Ich will damit nicht sagen, daß Handel und Wirtschaft aufhören müßten. Nur, auch Wirtschaft und Handel haben Verpflichtungen und können und dürfen sich nicht in der Weise ver selbständigen, daß sowohl für Afrika als auch für uns Schaden entsteht. Denn, wenn Afrika wirklich so wichtig für uns ist, so muß sich jedermann klar darüber sein, daß unsere Partner dort schwarz sind. Die Bedeutung der Republik Südafrika als Handelspartner ist in der Bundesrepublik bislang weit aufgeblüht worden. Es ist nicht wahr, daß unser Handel mit Südafrika größer ist als unsere Wirtschaftsbeziehungen zu ganz Schwarz-Afrika; im Gegenteil beträgt er nur wenig mehr als die Hälfte dessen, was wir in Schwarz-Afrika kaufen und verkaufen. Auch sind wir keineswegs vom Handel mit der Republik Südafrika abhängig. So gingen 1974 etwa 1,5 vH unseres Exportes in die Republik Südafrika, aber 20 vH der südafrikanischen Einfuhr stammen aus unserem Land. Auch importieren wir aus Südafrika keineswegs Güter, die wir unbedingt aus diesem Land haben müssen. Im Rohstoffbereich sind wir stark diversifiziert. Wir wissen auch, daß andere afrikanische Länder mindestens ebenso reich an Rohstoffen sind wie Südafrika. Der zweitgrößte Posten unserer Versorgung aus der Republik Südafrika besteht aus Nahrungsmitteln und Lebendvieh.

Auch mit den Privatinvestitionen ist es nicht so weit her, wie viele immer glauben. Lediglich 3,5 vH dessen, was unsere Industrie in den letzten

25 Jahren in der Dritten Welt investiert hat, floß in die Republik Südafrika. Der Umfang deutscher Investitionen im realen Afrika ist viermal größer als der in der Republik Südafrika.

Auf längere Sicht wird es im südlichen Afrika keine weißen Minderheitsregierungen, sondern schwarze Mehrheitsregierungen geben. Darauf müssen wir uns wirtschaftlich und politisch einstellen. Wir haben in Angola und Mozambique gesehen: Die Befreiungsbewegungen nehmen Unterstützung, wo immer sie sie herbekommen. Wenn wir jede Hilfe verweigern, wenden sie sich an kommunistische Länder, die nur auf die Gelegenheit warten. In diesem Punkt haben übrigens die CDU/CSU und die kommunistischen Länder eine Gemeinsamkeit: Sie unterliegen gleichermaßen dem Trugschluß, daß Befreiungsbewegungen automatisch und auf Dauer das politische Kredo ihrer Waffenlieferanten übernehmen. Das ist nicht der Fall und das hat sich schon oft gezeigt.

Niemand will uns zu Waffenlieferungen zwingen, es gibt für unsere restriktive Haltung in dieser Frage auch im südlichen Afrika viel Verständnis. Kein Verständnis gibt es aber dafür, daß wir weiterhin zur Zementierung der Zustände beitragen, die von den schwarzen Mehrheiten bekämpft werden. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die SPD haben dies lange erkannt und die sozialliberale Bundesregierung ist ihnen entschlossen gefolgt. Die klaren Äußerungen von Bundesminister Egon Bahr auf dem außenpolitischen Kongreß der SPD in Bonn decken sich mit denen des Bundesaußenministers.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, den Befreiungsbewegungen zur Seite zu stehen, sie fordert die südafrikanische und die rhodesische Regierung auf, Rassismus und Diskriminierung einzustellen und den Schwarzen Bürgerrechte zu geben. Ebenso fordert sie die südafrikanische Regierung auf, Namibia in eigene Verantwortung zu entlassen. Damit sind wir auf dem richtigen Wege. (-/18.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller